

## **Nationalratswahl 2013**

**Antworten der im Nationalrat vertretenen Parteien zu Anliegen der *aktion leben*:**

**1. Ein typisches Beispiel aus dem Beratungszentrum von *aktion leben*: Der Lebensgefährte einer schwangeren Frau bestreitet die Vaterschaft und verlässt sie. Sie selbst ist nicht in der Lage, ihren Unterhalt zu sichern. Die gemeinsame Wohnung kann sie allein nicht finanzieren. Sie weiß nicht, wovon sie mit einem neugeborenen Kind leben soll.**

**Wie stehen Sie zur Einführung eines unbürokratischen Hilfsfonds aus öffentlichen Mitteln für Frauen, die durch eine Schwangerschaft in eine akute finanzielle Notlage geraten?**

**SPÖ:** Bis heute ließ die SPÖ die Frage unbeantwortet.

**ÖVP:** Für uns ist klar: Eine Schwangerschaft darf Frauen nicht vor unbewältigbare Hürden stellen. Gerade in Notlagen braucht es daher Perspektiven, die neue Kraft geben. Eine wichtige Rolle kommt dabei unserem gut funktionierenden Netz aus Frauen- und Familienberatungsstellen zu. Sie garantieren eine rasche und unkomplizierte Hilfe.

Gleichzeitig ist es unser Ziel, die Rahmenbedingungen in Österreich kinderfreundlicher zu gestalten. Viele Verbesserungen, die auch alleinerziehenden Frauen unter die Arme greifen, konnten wir in den letzten Jahren bereits auf den Weg bringen. Mit der Familienbeihilfe Neu, einem Steuerfreibetrag von 7.000 Euro pro Kind und Jahr, dem weiteren Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und flexiblen Arbeitszeiten, wollen wir die nächsten Schritte für ein Österreich, das Mut zu Kindern macht, setzen.

**Grüne:** Bis heute ließen die Grünen die Frage unbeantwortet.

**FPÖ:** Junge Frauen und Mädchen sehen sich oft in einer ausweglosen Situation, wenn sie schwanger werden. Entsprechend hoch ist die Abtreibungsrate. Da Kinder ein Segen sein sollen und keine Belastung, müssen diese jungen Frauen und Mädchen entsprechend unterstützt werden. Wenn sich eine junge Schwangere sicher fühlen kann, dass sie ihr Leben und ihre Ausbildung auch mit einem Kind meistern kann, wird sie sich wahrscheinlich eher für das Kind entscheiden, als wenn sie sich allein gelassen glaubt. Junge Mütter müssen auch nach der Geburt betreut werden. Eine Fachkraft, die ihnen vor allem in der ersten Zeit hilft, im Alltag zurechtzukommen, muss vom Staat sichergestellt werden. Es handelt sich dabei um eine Investition in die Zukunft.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass hinter jeder Schwangerschaft schließlich ein Mann steht. Häufig sind es die "Väter", die die Partnerin dazu drängen, das gemeinsame Kind "wegmachen zu lassen". Nicht selten wird der emotionale Druck aufgebaut, man werde die Partnerin verlassen oder es dürfe eine bestehende Bindung nicht durch ein Kind von außen zerstört werden. Tatsache ist, dass nicht wenige Frauen ihr Leben lang an den Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs leiden. Nachweislich viele psychische und physische Erkrankungen bei Frauen sind das Ergebnis einer oder mehrerer

Abtreibungen. Es muss in allen Bereichen bewusst gemacht werden, dass eigene Kinder die Zukunft darstellen. Nur eine positiv besetzte Einstellung zum Kind schafft ein Bekenntnis zum eigenen Nachwuchs und das notwendige Klima, um die Familien in der Gesellschaft zu stärken. Auch die Wirtschaft hat ihren

Beitrag zu leisten, um Elternteilen mit Berufswunsch den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben – auch nach längerer Phase der Familienarbeit – zu erleichtern. Auch im eigenen Interesse.

Eine ungewollte Schwangerschaft oder aber auch ein unerfüllter Kinderwunsch bringen vor allem Frauen in schwer bewältigbare Lebenssituationen. Wir sagen ein klares Ja zum Leben. Umfassende staatliche Hilfestellung bei der Entscheidung für das ungeborene Leben sowie Unterstützung bei der Erfüllung des Kinderwunsches sind unerlässlich.

Die katastrophale Bevölkerungsentwicklung in Österreich ist sichtbar: In jeder Generation schrumpft die Bevölkerung um mehr als ein Drittel. Ein Viertel der Frauen verzichtet gänzlich auf Kinder. Daher hat die Realisierung der von uns geforderten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Familien und insbesondere kinderreicher Familien die höchste Priorität. Die dafür notwendigen Mittel müssen vorrangig – auch gegenüber anderen wünschenswerten Staatsaufgaben – aufgebracht werden.

**BZÖ:** Das BZÖ würde die Einführung eines derartigen Hilfsfonds begrüßen. Man muss diesen werdenden Müttern jedwede Unterstützung geben, damit sie sich für das Kind entscheiden können.

**Team Stronach:** Für das Team Stronach ist die Familie der Kern und die Keimzelle der Gesellschaft. Wir brauchen einerseits rechtliche, soziale und ökonomische Rahmenbedingungen, die es den Bürgern, die gerne Kinder bekommen wollen, ermöglichen sollen, diese Entscheidung frei von wirtschaftlichen und sozialen Zwängen zu treffen. Andererseits darf eine Schwangerschaft, in einem Land mit einem so hoch entwickeltem Sozialsystem wie in Österreich, für keine Frau mehr ein Grund sein, in die Armut abzudriften.

Ein Hilfsfond kann ein erster Schritt dazu sein, jedoch setzt das Team Stronach auch hier auf weiterführende Maßnahmen wie z.B. steuerliche Begünstigungen, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen und ein Schulsystem mit Ganztagsbetreuung.

**2. In Österreich gibt es keine Daten zum Schwangerschaftsabbruch. Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse, warum es dazu kommt.**

**Wie ist die Einstellung Ihrer Partei zu einer anonymisierten Erhebung von Zahlen und Daten über Schwangerschaftsabbrüche?**

**SPÖ:** Bis heute ließ die SPÖ die Frage unbeantwortet.

**ÖVP:** Die Österreichische Volkspartei unterstützt eine anonyme, bundesweite Statistik zu Schwangerschaftsabbrüchen und hat das Gesundheitsministerium mehrfach dahingehend aufgefordert.

Unser Anliegen ist es, nicht nur Klarheit über die Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich zu schaffen, sondern vor allem auch die Gründe für diesen Schritt zu evaluieren. Denn dadurch wird es uns möglich, die Unterstützungsangebote für Frauen noch gezielter auszubauen.

**Grüne:** Bis heute ließen die Grünen die Frage unbeantwortet.

**FPÖ:** In Österreich gibt es keine offiziellen Statistiken über die Anzahl der durchgeführten Abtreibungen. Schätzungen von Abtreibungsärzten gehen von bis zu 40.000 pro Jahr aus. Die tatsächliche Anzahl dürfte jedoch jenseits der 50.000 zu liegen kommen. Das würde bedeuten, dass beispielsweise im Jahr 2009 bei 76.344 Geburten und 50.000 Abtreibungen rund 125.000 Kinder gezeugt und 4 von 10 Kindern noch im Mutterleib getötet wurden.

Die FPÖ hat als erste Partei Österreichs seit der Einführung der Fristenregelung im Jahre 1975 parlamentarische Initiativen in diesem Bereich gesetzt.

Insgesamt ist festzustellen, dass Schwangerschaftsabbrüche in der österreichischen Rechtsordnung außer im Strafrecht nicht geregelt werden. Die im Strafgesetzbuch nur einmal erwähnte und nicht weiter konkretisierte "vorhergehende ärztliche Beratung" ist aus freiheitlicher Sicht nicht ausreichend. Vor allem wenn die Beratung durch einen Arzt durchgeführt wird, der den Schwangerschaftsabbruch auch selbst vornehmen möchte. In solchen Fällen, die in Österreich die Regel darstellen, kommt es zu unklaren Interessenslagen.

Für uns ist die Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich beispielgebend für Österreich. Dort liegt eine ähnliche Rechtslage wie in Österreich vor, mit dem großen Unterschied, dass im deutschen Strafrecht die Modalitäten der „vorhergehenden ärztlichen Beratung“ konkretisiert werden. Mit dem im Jahre 1992 verabschiedeten „Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten“ wurde ein bundesweites Netz an öffentlich zertifizierten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen errichtet und mit Vorgaben über den Inhalt der Beratung versorgt. Die vorgesehene Beratung dient dort ausdrücklich dem Schutz des ungeborenen Lebens und stellt eine ganzheitliche Hilfe in der Entscheidungsfindung dar. Sie umfasst rechtliche, wirtschaftliche, soziale und medizinische Aspekte. Eine Beratung durch einen Arzt, der selbst Schwangerschaftsabbrüche durchführt, ist in Deutschland verboten. Weiters gibt es in der Bundesrepublik auch eine jährliche „Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche“, die als Grundlage für demographische Erhebungen und politische Entscheidungen einen hohen Stellenwert

einnimmt. Überdies wurden mit dem „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens“ (1984) finanzielle Mittel vorgesehen, die für ergänzende Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen werdenden Müttern, die sich wegen einer Notlage an eine Schwangerschaftsberatungsstelle wenden, Mittel gewährt oder für die Zeit nach der Geburt zugesagt werden, um ihnen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern. Die Bundesstiftung erhält von der Bundesrepublik Deutschland für ihre Aufgaben jährlich mehr als 90 Millionen Euro.

**BZÖ:** Das BZÖ ist grundsätzlich für eine anonymisierte Erhebung von Zahlen und Daten über Schwangerschaftsabbrüche, da Österreich auf diesem Gebiet "ziemlich rückschrittlich" ist.

**Team Stronach:** Es gibt persönliche Entscheidungen von Menschen – insbesondere die von Frauen – welche wir respektieren, wenn sie getroffen werden. Die Fristenlösung gehört dazu. Einer anonymen Erfassung der Zahlen ohne Daten und ausschließlich über Ärzte und weiterer Daten, wenn diese von Betroffenen freiwillig zur Verfügung gestellt werden, stehen wir durchaus positiv gegenüber. Denn nur wenn solche Informationen bekannt sind, gibt es für die Verantwortlichen der Politik die Möglichkeit, darauf zu reagieren und Maßnahmen zu setzen. Ein anonymes Meldeportal im Internet zum Beispiel, bei dem Frauen, die in Österreich oder im Ausland eine Schwangerschaft abgebrochen haben, die Möglichkeit gegeben wird, ihre Beweggründe für diesen Schritt anzugeben, kann als durchaus sinnvoll erachtet werden. Von vorne herein muss jedoch klargestellt sein, dass solche Daten weder von Abtreibungsgegnern noch von Abtreibungsbefürwortern für ihre Zwecke verwendet oder argumentativ missbraucht werden dürfen.

**Kontakt:**

*aktion leben österreich*

Diefenbachgasse 5/5, 1150 Wien

Tel. 01.512 52 21, E-Mail: [info@aktionleben.at](mailto:info@aktionleben.at)

**Spendenkonto:**

IBAN: AT91 3479 5000 0453 6777 | BIC: RZOOAT2L795 (Hinweis: Bitte 2 x Buchstabe O)